



Caritas
courage
Mut  zur
Menschlichkeit

Diakonie 

An

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Vizekanzler Werner Kogler

Innenminister Karl Nehammer

Außenminister Alexander Schallenberg

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sehr geehrter Herr Vizekanzler, Sehr geehrter Herr Innenminister, Sehr geehrter Herr Außenminister,

Vor exakt einem Jahr haben wir an die österreichische Bundesregierung appelliert, die Evakuierung Geflüchteter von den griechischen Inseln zu unterstützen. Damals war die humanitäre Situation in den Geflüchtetenlagern auf den Ägäischen Inseln, die sich bereits seit Jahren zugespitzt hatte, eskaliert und gipfelte in der Nacht von 8. auf 9. September im Großbrand des Lagers Moria auf Lesbos, der tausende Menschen obdachlos machte. In den Tagen und Wochen, die folgten, machte sich europaweit Empörung breit: über das Feuer, und über die unwürdigen Bedingungen, unter denen Menschen in Folge der europäischen Abschottungspolitik auf den griechischen Inseln festgehalten werden. Politiker:innen schworen damals: „No more Morias“ – mehr als ein Dutzend europäische Länder starteten damit, Schutzsuchende von Lesbos und anderen Inseln aufzunehmen.

Nicht jedoch Österreich. Trotz unzähliger Appelle aus der Zivilgesellschaft, von Expert:innen, des Bundespräsidenten und zahlreicher Politiker:innen entschieden Sie sich dafür, „Hilfe vor Ort“ sei der bevorzugte Weg, Unterstützung zu leisten. So wurden Zelte und Heizstrahler nach Griechenland geschickt, die jedoch kaum zum Einsatz kamen; es wurde eine Kindertagesstätte angekündigt – bis heute wird dort jedoch kein Kind mehr betreut als zuvor. Kurzum: die angekündigte Hilfe ist nicht vor Ort angekommen. Vielmehr müssen nach wie vor Hilfsorganisationen und private Helfer:innen einspringen, um die riesigen Lücken in der Versorgung und Betreuung der betroffenen Männer, Frauen und Kinder sicherzustellen. Die Lage hat sich bis dato trotz aller Versprechen so gut wie nicht gebessert.

Ein Jahr später sind wir daher gezwungen, uns erneut an Sie zu wenden und unsere Forderungen mit Nachdruck zu wiederholen. Denn was wir heute auf den griechischen Inseln bezeugen, ist nicht nur unwürdig für jene Menschen, die dort festgehalten werden, sondern auch für ein Europa, das von sich behauptet, stets im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention, den Menschenrechten und den eigenen hohen moralischen Standards zu handeln. Das Bild, das sich uns auf Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos bietet ist erschreckend: Nach wie vor sitzen dort mehr als 6.000 Menschen unter unzumutbaren Bedingungen fest und sind der Witterung voll ausgesetzt – während die nächste kalte Jahreszeit bevorsteht. Die Grundversorgung ist nicht gegeben, die medizinische Versorgung lückenhaft. Statt rascher, fairer

Asylverfahren müssen die Schutzsuchenden in diesen sogenannten „Hotspots“ Monate, oft Jahre auf ihren Asylbescheid warten. In dieser langen Zeit der Ungewissheit werden sie wie Gefangene behandelt. Welche Folgen das hat, zeigt ein aktueller Bericht von *Ärzte ohne Grenzen*: Von den 1.369 Menschen, die 2019 und 2020 auf Chios, Lesbos und Samos psychologisch betreut werden mussten, hatten 180 Menschen Selbstverletzungen oder Suizidversuche hinter sich. Zwei Drittel waren Kinder – das jüngste war erst sechs Jahre alt. Als Hauptgrund nannten die Betroffenen ihre Lebensumstände und die ständige Angst, in der sie dort lebten.

Um es klar zu sagen: All dies geschieht aus politischer Absicht, nicht aus einer Notwendigkeit heraus. Denn tatsächlich wäre es gut möglich, die wenige tausend Menschen in anderen EU-Mitgliedsstaaten unterzubringen, wo sie adäquat versorgt werden könnten, während das Asylverfahren durchgeführt wird. Dies wäre auch aus EU-solidarischen Gründen das Gebot der Stunde, denn Griechenland ist weiterhin überfordert, faire Asylverfahren in angemessener Zeit abzuwickeln und die Schutzsuchenden währenddessen menschenwürdig zu behandeln.

Stattdessen verstärken Griechenland und die EU die Krise nun sogar, indem sie an abgelegenen Stellen der Inseln geschlossene, gefängnisartige Lager bauen, samt Stacheldrahtzaun und Eingangskontrolle. Unabhängige Hilfsorganisationen und Medien werden dort keinen Zugang haben. Aufgrund der Erfahrung der letzten fünf Jahre ist nicht davon auszugehen, dass die Versorgung in diesen Lagern besser sein wird. Wir warnen ausdrücklich davor, unbescholtene Schutzsuchende, von denen viele besondere medizinische oder psychologische Bedürfnisse haben, in geschlossene Einrichtungen wegzusperren.

Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Die Unterstützung Griechenlands durch Hilfe vor Ort ist nicht ausreichend, um zu verhindern, dass tausende Menschen noch weitere Jahre in menschenrechtsverletzenden Bedingungen ausharren müssen. **Wir appellieren dringend an Sie, ihre bisherige Position zur Aufnahme Schutzsuchender aus Griechenland zu überdenken. Insbesondere fordern wir:**

• **Solidarische Beteiligung an Evakuierungen:**

Auf europäischer Ebene beteiligen sich derzeit 14 Staaten an den Aufnahmen aus Griechenland. Auch in Österreich gibt es eine enorme Aufnahmebereitschaft. Viele Bürger:innen, Gemeinden und Kirchen, Vereine und Initiativen setzen sich für die Aufnahme von Schutzsuchenden von den griechischen Inseln ein. Es liegen – basierend auf bestehendem österreichischem Recht – praktische, sofort umsetzbare Vorschläge der Zivilgesellschaft an die Bundesregierung vor, um Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern in Österreich Schutz zu bieten.

• **Für eine faire EU-Asylpolitik, sowie menschenwürdige Versorgung und Schutz einzutreten:**

Wir fordern von der österreichischen Bundesregierung, ihre Blockadehaltung gegenüber nachhaltigen, gemeinschaftlichen Lösungen auf EU-Ebene aufzugeben. Setzen Sie sich für eine faire europäische Asylpolitik ein, die europaweit Asylverfahren unter Einhaltung gemeinsamer Standards und Rechte sicherstellt! Dazu gehört insbesondere, dass Asylverfahren nicht länger maßgeblich an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden. Schutzsuchende sind unter menschenwürdigen Bedingungen und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Vulnerabilitäten unterzubringen und zu versorgen. Weiters muss der Zugang zu Schutz in der EU und auch in Österreich erhalten bleiben und jede:r, die:der einen Antrag

auf Asyl stellt, muss Zugang zu einem raschen, fairen und qualitätsvollen Verfahren haben. Vor diesem Hintergrund fordern wir die österreichische Bundesregierung auf, von der griechischen Regierung die Einhaltung der europarechtlichen Mindeststandards einzufordern.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und stehen sehr gerne für einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu diesem wichtigen Thema zur Verfügung.

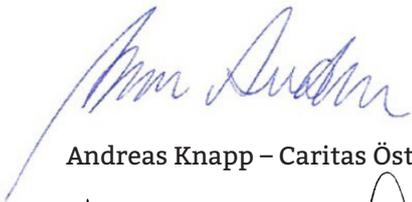
Hochachtungsvoll,



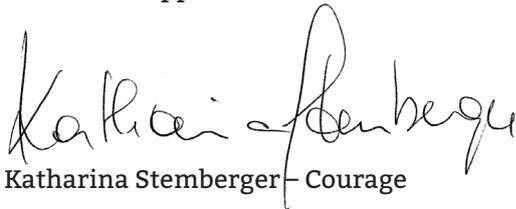
Laura Leyser – Ärzte ohne Grenzen/Médecins Sans Frontières Österreich



Maria Katharina Moser – Diakonie Österreich



Andreas Knapp – Caritas Österreich



Katharina Stemberger – Courage